Nr.36 | September 2019

GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

AM 20. OKTOBER
LISTE 12: GRÜNE
IN DEN STÄNDERAT
REGULA RYTZ

STAND
Regula Rytz
● **Es ist Zeit für eine grüne Ständerätin**

MITTEL
Die GB-Kandidat_innen
● **Die Grüne Wende wählen**

BERN
Markus Heinzer
● **Autobahn-Ausbau-Wahnsinn: Zeit für einen Spurwechsel!**

Kandidatinnen mit viel Erfahrung im Bundeshaus: Nationalrätinnen Regula Rytz und Aline Trede

Es ist Zeit für eine grüne Ständerätin!

Der Frauenstreik und der Klimastreik haben die politischen Achsen in der Schweiz verschoben. Sie erzeugen den Druck, den wir brauchen, um die Lohn-GLEICHHEIT und die Klima-GERECHTIGKEIT endlich voranzubringen. Konkrete Reformen sind aber nur mit neuen Mehrheiten im nationalen Parlament möglich. Jeder zusätzliche Sitz für die Grünen stärkt im Herbst den Klimaschutz und die Frauenrechte. Engagieren wir uns mit allen Kräften für diese Hoffnungswahl!

Als ich vor acht Jahren ins nationale Parlament gewählt wurde, traute ich meinen Augen nicht. Ich fühlte mich 20 Jahre zurückversetzt in meine Zeit als junge Grossrätin im Kanton Bern. Wie damals gaben konservative, graue Herren den Ton an und vertraten finanzstarke Einzelinteressen. Die bürgerliche Frauenbewegung war eingeschlafen und die Medien dort, wo am lautesten gepoltert wurde – also rechts.

Vieles hat sich in der Zwischenzeit geändert. Nach der Wahl von Trump und anderen autoritären Regierungschefs ging ein Ruck durch die Gesellschaft. Weltweit. Immer mehr Menschen wissen, dass wir gesellschaftliche Errungenschaften aktiv verteidigen müssen – sonst werden sie skrupellos zerstört. Starke Bewegungen schärfen heute das politische Bewusstsein für drängende Reformen. Das erfolgreiche Abschneiden der Grünen in den kantonalen Wahlen zeigt, dass uns die Bevölkerung hier mehr zutraut als allen anderen Parteien. Diese Chance müssen wir packen. Auch bei den Ständeratswahlen.

Die kleine Kammer war in den letzten Jahren ein Korrektiv zur Rechtsrutsch-Mehrheit im Nationalrat. Doch viele unabhängige Köpfe beenden ihr Mandat und nur eine einzige (!) Frau stellt sich zur Wiederwahl. Mit meiner Kandidatur für den Ständerat will ich mithelfen, den mageren Frauenanteil von heute 13 Prozent zu erhöhen. Vor allem aber will ich die grossen Reformen in den Bereichen Klimaschutz, Altersvorsorge, grüne Agrarpolitik, Medienpolitik, globale Steuergerechtigkeit und Gleichstellung voranbringen. Werdet alle Teil der Kampagne!

Regula Rytz, Präsidentin Grüne Partei Schweiz, Nationalrätin, www.regularytz.ch

«Die Grünen sind und bleiben die Avantgarde der Gleichstellungspolitik» (WOZ 32/2017)

Wahlempfehlung nationale Wahlen vom 20. Oktober 2019

Fülle die Wahlunterlagen am besten gleich aus, wenn du sie erhältst und schicke sie per Post ab. Frage dann Deine Freunde, ob sie schon gewählt haben.

Am besten unterstützt du unsere Politik indem du

- **für die Nationalratswahlen einfach die Liste 12 GRÜNE unverändert einwirfst.**
- **für die Ständeratswahlen Regula Rytz und Hans Stöckli auf den Stimmzettel schreibst**.

«Wem gehört die Stadt? Der neue Klassenkampf ums Wohnen», so lautete jüngst der Titel einer TV-Dokumentation. Weltweit wehren sich Bewohner_innen gegen die Zerstörung von bezahlbarem Wohnraum und Luxussanierungen. Bezahlbare Wohnungen sind eine soziale Notwendigkeit. Sie dürfen nicht zu Anlageobjekten für Investoren auf der Suche nach der grösstmöglichen Rendite verkommen.!»

Mehr bezahlbare Wohnungen

sDie öffentliche Hand muss stärker gegen galoppierende Mieten vorgehen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Und die Stadt soll weiterhin ein Ort zum Wohnen für alle sein.

50 neue Wohnungen sind seit September in der Migros-Überbauung am Breitenrainplatz bezugsbereit. Gemäss Prospekt sind sie hochwertig ausgebaut, verfügen über Eichenparkett und eigenen Tumbler sowie verkehrsfreie Spielflächen für Kinder im Innenhof. Die Migros – unterdessen schweizweit die Nummer drei im Immobilienmarkt – verlangt für eine 4.5-Zimmerwohnung stolze 3545 Franken.

Unbestritten hat qualitativ hochwertiger Neubau an zentraler Lage seinen Preis. Aber für viele Familien sind solche Mieten schlicht nicht mehr bezahlbar. Um hier Gegensteuer zu geben, lancierte das GB die städtische Wohninitiative mit. Diese verlangt, dass bei Neubauten mindestens ein Drittel der Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete zu bauen ist. Die Kostenmiete berechnet die realen Kosten und ist mittelfristig rund 20 Prozent tiefer als Marktmieten. Die Stimmbevölkerung der Stadt Bern sagte am 18. Mai 2014 – vor mehr als fünf Jahren – mit 72 % Ja zur Wohninitiative «Für bezahlbare Wohnungen». Leider ist die Umsetzung durch Einsprachen des Hauseigentümerverbandes, von SVP und FDP blockiert. Demnächst wird das Bundesgericht darüber entscheiden.

In den letzten 15 Jahren sind die Mieten in der Stadt Bern durchschnittlich um 19.2 Prozent gestiegen – massiv stärker als die Einkommen. Die öffentliche Hand muss überbordenden Renditen von Investor_innen einen Riegel schieben. Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau ist die Alternative zu steigenden Mieten. Dies fordert auch die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», über die anfangs 2020 abgestimmt wird.

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Generalsekretärin Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz, Nationalratskandidatin

«Zurzeit bezeichnen sich elf Prozent der erwerbstätigen Frauen als unfreiwillig unterbeschäftigt. Der wohl grösste Vorteil der Individualbesteuerung ist, dass sie Anreize für Frauen schafft, im Erwerbsleben zu bleiben. Studien gehen davon aus, dass dies bis zu 60'000 zusätzliche Beschäftigte in den Arbeitsmarkt bringt. Fachkräfte, welche die Schweiz gut gebrauchen kann.»

Individuen statt Ehepaare besteuern

Noch vor der Wahl des neuen Parlaments kommt ein zentrales gleichstellungspolitisches Geschäft aufs Tapet. Mit der Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer soll endlich die verpönte Heiratsstrafe abgeschafft werden. Es besteht jedoch die Gefahr, dass mit der Revision neues Unrecht zu Lasten der erwerbstätigen Frauen festgeschrieben wird.

Im aktuellen Steuersystem unterliegt das Zweiteinkommen bei Ehepaaren aufgrund der gemeinsamen Veranlagung einem so hohen progressiven Steuersatz, dass sich die Arbeit für Zweitverdienende (meist Frauen) nach Abzug von Steuern und Kinderbetreuungskosten oft gar nicht mehr lohnt. Das demotiviert insbesondere Mütter, erwerbstätig zu bleiben. Dies, obwohl sie eigentlich gerne arbeiten würden und – auch mit Blick auf die Altersvorsorge – sollten.

Anstelle einer fairen Individualbesteuerung schlägt der Bundesrat nun ein Modell vor, welches Ehepaaren die Wahl zwischen einer gemeinsamen oder getrennten Besteuerung lässt. Gleichzeitig sollen aber zusätzlich Ehepaare mit nur einem Einkommen mit neuen Abzügen belohnt werden. Damit sparten solche Eheleute zwar Steuern – die Frauen hätten allerdings noch weniger Anreize, nach einer Kinderpause wieder ins Erwerbsleben einzusteigen.

Dem Vorschlag des Bundesrates steht der Vorschlag der Individualbesteuerung entgegen. Eine kürzlich erschienene Studie zu dessen Auswirkungen gibt diesem Modell wieder Aufwind. Es würde nicht nur die Heiratsstrafe beseitigen, sondern jegliche zivilstandsabhängige Benachteiligungen im Steuerrecht eliminieren. Einzig Familien mit Kindern, unabhängig von ihrem Zivilstand, würden steuerlich begünstigt.

Sophie Achermann, Geschäftsführerin alliance F, Nationalratskandidatin

Die Grüne Wende wählen

Facts-Box

Unser Klima. Deine Wahl.

Politische Blockaden, Stillstand in der Umweltpolitik, rechtsbürgerliche Entscheide in sozialen Fragen: Der Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 hat die Schweiz in die Sackgasse geführt. Die nationalen Wahlen vom 20. Oktober werden darum zur zentralen Weichenstellung. Es braucht mehr GRÜNE im Parlament, damit wirksame Massnahmen gegen die Klimakrise mit ihren verheerenden Auswirkungen ergriffen werden. Und damit jene Parteien, die sich jetzt ein grünes Mäntelchen anziehen, den Klimaschutz nach den Wahlen weiterhin ernst nehmen. Mehr GRÜNE im Parlament bringen die Gleichstellung endlich voran und setzen dringliche Forderungen des Frauen*streiks wie Lohngleichheit, Elternzeit und Schutz vor Gewalt in die Tat um. Die Grünen haben zuletzt bei kantonalen Wahlen viele Erfolge erzielt. Nun wollen wir auch die Politik im Bundeshaus ökologischer und sozialer gestalten. Wer die GRÜNEN wählt, wählt ein Netzwerk von engagierten Menschen, die gemeinsam mit der Bevölkerung, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit den Umweltverbänden, mit Kulturschaffenden und Bewegungen, mit Gewerkschaften und umweltbewussten Firmen für das Klima, für Gleichberechtigung und gegen Rechtspopulismus einstehen. Danke für deine Unterstützung bei der #Klimawahl2019.

Regula Tschanz, Generalsekretärin GRÜNE Schweiz

Das GB tritt bei den eidgenössischen Wahlen mit fünf Personen an, die einen enormen Schatz an politischen und beruflichen Erfahrungen mitbringen. Dazu leisten sie einen unermüdlichen Einsatz für mehr Ökologie und soziale Gerechtigkeit auf städtischer, kantonaler und nationaler Ebene. Hier sagen sie selbst, wieso sie gewählt werden sollten.

Regula Rytz
«Seit über 30 Jahren engagiere ich mich für die Menschen und für die Natur. Noch nie war es so nötig und sinnvoll wie heute. Nach zwei Legislaturen im Nationalrat bin ich bereit für einen neuen Schritt. Mit viel Erfahrung und Überzeugungskraft möchte ich im Ständerat breite Allianzen für eine faire Wirtschafts- und Sozialpolitik, mehr Frauenrechte und die Verkehrswende knüpfen.

Die Wahlen 2019 sind eine Klimawahl. Sie entscheiden über den Weg aus der Klimakrise, aber auch über das soziale Klima in diesem Land. In meiner Wahlkampagne zeige ich auf, dass man Veränderungen positiv gestalten kann. Dass man konsequent und konstruktiv zugleich sein kann. Dass Politik auch unbestechlich und aufrichtig geht. Und dass weiter wie bisher keine Option ist. Geben wir alles!»

Hasim Sancar
«Diese Wahlen sind die Chance, den Weg unseres Landes in Richtung einer sozial gerechten und ökologischen Schweiz zu pfaden. Diesen Weg will ich mitgestalten. Meine Biographie, Migrationsgeschichte und Ausbildung zum diplomierten Sozialarbeiter ergeben eine reiche Sammlung von Erfahrungen in Theorie und Praxis, die mich dabei unterstützen. Als Leiter der Beratungsstelle von Pro Infirmis Bern-Stadt im Behindertenbereich verfüge ich über zentrales Fachwissen, zum Beispiel im Sozialversicherungsrecht. Mein politisches Engagement in Basisbewegungen wird mit der 15-jährigen parlamentarischen Arbeit im Stadt- und im Kantonsparlament ergänzt. Neben ökologischen Themen lege ich als Fachperson in sozialen Themen, im Behinderten- und Migrationsbereich sowie in Grundrechtsfragen einen guten Leistungsausweis vor.»

Aline Trede
«Das Parlament soll ein Abbild der Gesellschaft sein. Ich bringe die Perspektive und Anliegen von jungen Frauen ein, die heute leider immer noch unterrepräsentiert sind.

Inhaltlich konnte ich bisher wichtige Akzente setzen, die ich auch in der neuen Legislatur weiterführen will: für Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität, für die Grundrechte im digitalen Raum, für die Umsetzung des Gleichstellungsartikels, für die Einführung einer Elternzeit und für eine nachhaltige Sportstrategie.

Ebenfalls sehr wichtig: Im Gegensatz zu vielen Kolleg_innen im Rat bin ich unabhängig von Multis, Versicherungen und Pensionskassen. Diese Unabhängigkeit macht mich greifbar. Ich mache keine leeren Wahlversprechen, sondern lebe, was ich fordere. Transparenz ist mir auch deshalb sehr wichtig.»

Sophie Achermann
«500'000 Frauen auf den Strassen der Schweiz: Ein überdeutliches und starkes Zeichen dafür, dass die Gleichstellung mitnichten erreicht ist. Es ist an der Zeit, sie auf der politischen Agenda prioritär zu behandeln. Als Geschäftsführerin von alliance F setze ich mich ausserhalb des Parlamentes dafür ein, dass die Forderungen des Streikes gehört werden. Doch aus Erfahrung wissen wir: Die Regeln werden im Parlament gemacht. Mit einer Untervertretung der Frauen, wie sie jetzt im Parlament besteht, haben es Gleichstellungsthemen aber schwer. Deshalb: Vote Women! Wählen wir eine Ständerätin für Bern und wählen wir (junge) Frauen ins Parlament. Ich würde mich freuen, mich in den kommenden vier Jahren als Nationalrätin für die vielfältigen Forderungen der Frauen einsetzen zu dürfen.»

Natalie Imboden
«Meine politische Erfahrung und das langjährige Engagement zeigen Wirkung. Dank Referenden haben wir auf kantonaler Ebene die Senkung der Prämienverbilligung bei den Krankenkassen ebenso wie Steuergeschenke für Grosskonzerne und den Sozialabbau bei der Sozialhilfe verhindert. Das verleiht mir eine starke Stimme für soziale und ökologische Anliegen. Darüber hinaus setze ich mich für die Interessen der Arbeitnehmer_innen und Mieter_innen ein. Wichtig sind mir die Gleichstellung von Frau und Mann und bessere Löhne für Frauen. Ich engagiere mich für einen Klimaschutz, der eine grüne Wirtschaft, gute Arbeit und den sozialen Fortschritt ermöglicht. Mit meiner Arbeit im Vorstand der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (ISA) setze ich mich für Menschen ohne Schweizer Pass ein.»

AKTIONS

Politischer Katerbrunch und Parteien-BEA
6. Oktober, 14.00-17.30 Uhr, Gaskessel Bern
Die Jugendparlamente Bern und Köniz laden ein, beim Geh- und Stehbrunch die Parteien kennenzulernen. Auf dem heissen Stuhl wird dann acht Kandidat_innen auf den Zahn gefühlt. Für die Grünen stellt sich Natalie Imboden den kritischen Fragen der jungen Gastgeber_innen.
Anmeldungen für den Brunch ab 14.00 Uhr unter essen@gaskessel.ch. Das Podium um 15.30 Uhr kann gratis und ohne Anmeldung besucht werden.

Autobahn-Ausbau-Wahnsinn: Zeit für einen Spurwechsel!

«Verkehr ist wie Wasser», so wurde der Chef des ASTRA (Bundesamt für Strassen) kürzlich in der Presse zitiert. Die Flussmetapher ist bei den Strassenbauern beliebt. Denn das Wasser untersteht den Naturgesetzen, man muss weniger hinterfragen. Es ist einfach da und muss möglichst abfliessen.

Die Autobahn auszubauen, bedeutet mehr Autos in die Stadt zu leiten.

Wer Verkehr mit Wasser gleichsetzt, muss sich nicht mit seinen komplexen Ursachen auseinandersetzen. Unser junger Verein «Spurwechsel» möchte dieser allzu einfachen Betrachtungsweise etwas entgegensetzen.

Denn Verkehr ist nicht einfach da wie das Wasser! Wir glauben, dass der Verkehr – speziell der motorisierte Individualverkehr, also die Autos – beeinflusst und insbesondere reduziert werden muss. Niemand findet Staus schön, aber wir müssen genauer hinschauen: Warum fahren die Menschen gleichzeitig auf Autobahnen? Wo können wir ansetzen, um die Verkehrsmenge zu reduzieren?

Wenn Prognosen ein Verkehrswachstum voraussagen, müssen wir fragen: Was machen wir gegen das Wachstum? Das ASTRA macht das Gegenteil: Es sucht Lösungen, wie noch mehr Verkehr durchgeschleust werden kann. Dabei ist bekannt, dass mehr Kapazität immer mehr Verkehr anzieht. Und Mehrverkehr rund um die Stadt wird auch innerhalb der Stadt zu spüren sein. Das beste Mittel, um Staus zu Spitzenstunden zu verhindern, ist die Vermeidung und Verlagerung des Autoverkehrs. Übrigens: Gemäss den aktuellsten Statistiken des ASTRA nehmen die Staustunden auf den Autobahnen und die gesamte Fahrleistung des Strassenverkehrs zurzeit gar nicht mehr zu. Es wäre also falsch, gerade jetzt die Autobahn-Kapazität auszubauen.

Wir wollen nicht, dass veraltete Verkehrskonzepte rund um Bern in viel Beton gegossen werden. Unser Info-Anlass am 28. Juni 2019 zeigte: Die Menschen in den Quartieren wissen noch sehr wenig über diese Bauvorhaben. Unsere Aufgabe ist es, sie zu informieren und mit den Verantwortlichen in Stadt, Kanton und Bund ins Gespräch zu kommen.
Werde noch heute Mitglied!
www.spurwechsel-bern.ch

Markus Heinzer, Präsident Verein Spurwechsel

Vorstösse/Erfolge

Stadtrat im Zeichen des Frauenstreiks

● Auf Initiative der Fraktion GB/JA! setzten Berner Stadträtinnen (fast) aller Parteien am Vorabend des Frauenstreiks vom 14. Juni ein Zeichen für mehr Geschlechtergerechtigkeit: Parlamentarierinnen mehrerer Fraktionen reichten am 13. Juni gleichstellungspolitische Vorstösse ein. Das Sitzungsgeld spendete die Mehrheit der Stadträt_innen dem Berner Frauenhaus und die Fraktionen versuchten, vorwiegend Frauen am Redner_innenpult sprechen zu lassen (was notabene unterschiedlich gut gelang).

In der Stadtratspause fanden sich die Parlamentarierinnen und einige solidarische Parlamentarier zu einem Picknick auf dem Bundesplatz ein. Zur Erinnerung: Die Stadt Bern ist die einzige Stadt mit einer Frauenmehrheit im Parlament. Unsere Botschaft war klar: Was die Stadt Bern kann, muss auch das nationale Parlament können!
Es muss sich etwas ändern – eine andere Gesellschaft ist möglich! Avanti donne!
Leena Schmitter, Stadträtin GB, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

Mittendrin im Klimastreik: «Es ist unglaublich bestärkend.»

Jelena Filipovic, wie fühlt es sich an, in einer entstehenden Jugendbewegung mitzumachen?

● Die Klimabewegung ist momentan sehr zentral für mich. Es ist unglaublich schön und bestärkend, dass jetzt so viele junge Menschen zusammenkommen, denen einzeln niemand zugehört hätte. Die Dringlichkeit des Klimaschutzes wird schon seit Jahren gepredigt. Und jetzt ist auf einmal das Momentum da. In unglaublich kurzer Zeit konnten wir einen grossen Druck aufbauen. Die Bewegung ist noch nicht mal ein Jahr alt!

Jelena Filipovic, Politologin, sitzt im GB-Ausschuss und ist seit den Anfängen im Berner Klimastreik dabei.

Das Thema wird uns noch Jahrzehnte beschäftigen. Stresst euch das?

● Der Kampf wird nicht zehn Jahre weitergehen, weil wir diese Zeit gar nicht haben. Wir müssen unsere Ziele viel schneller erreichen. Eine jahrzehntelange Perspektive wäre schon stressiger.

Was antwortest du, wenn die Leute sagen: «Es ist OK, wenn die Jugend radikale Forderungen stellt. So waren wir früher auch.»

● Ich kann das nicht ernst nehmen. Diese Menschen werden sehr bald verstehen, dass es hier nicht um jugendlichen Übermut geht, sondern um eine starke Bewegung, die noch sehr viel Druck ausüben wird. Und wir haben schon viel ausgelöst: Auf einmal ist es normal, mit Freund_innen über CO2-Reduktion und Wachstumskritik zu reden. Ein paar Jugendliche haben in kürzester Zeit geschafft, was die Politik der GRÜNEN seit Jahren versucht: das Klimathema ins Zentrum der öffentlichen Diskussion zu bringen. Von meiner grünen Mutterpartei wünsche ich mir nun den Mut, das Momentum zu nutzen. Die Massnahmen zu unseren Forderungen müssen jetzt auf den Tisch. Aber Achtung: Volksinitiativen sind viel zu langsam!

Ihr pflegt offenbar eine spezielle Gesprächskultur. Wie können wir uns das vorstellen?

● Die Gesprächskultur und der respektvolle Umgang untereinander ist der Kern der Bewegung. Neue werden sofort akzeptiert und man hört ihnen zu. Jede und jeder kann mit seinem Hintergrund etwas beitragen. Wir achten auf eine inklusive Sprache und schaffen Platz für Gefühle und Reflexion. Grundsätzlich im Konsens zu entscheiden, braucht oft viel Zeit. Ist es nicht gerade das Effizienzdenken, das uns in diese missliche Lage gebracht hat?

Was tut ihr selbst gegen den Klimawandel?

● Viele von uns leben vegan, vegetarisch, oder essen nur wenig Fleisch. Niemand fliegt viel. Jede macht, so viel sie kann. Wir diskriminieren niemanden, der nicht so ökologisch leben kann, wie er es gerne würde. Als Einzelne können wir nur teilweise etwas verändern, es braucht uns alle über Generationen hinweg. Ich finde es sehr fragwürdig, wenn unser Engagement am Individualverhalten gemessen wird. Es braucht jetzt gerechte und griffige Regulierungen wie eine Flugticketabgabe, einen Investitionsstopp für fossile Industrien und eine CO2-Abgabe.

Wie sollen wir eure Forderung nach einem Systemwandel verstehen?

● «System change» klingt radikal, muss es aber nicht sein. Als Pazifistin hoffe ich nicht, dass es eine gewaltvolle Revolution oder einen Klimaschutz-Diktator braucht. Aber es muss jetzt etwas gehen! Viel zu lange haben Effizienzdenken und Ausbeutung den Ton angegeben. Es gibt für mich keinen Klimaschutz ohne Klimagerechtigkeit.

Interview: Markus Heinzer, Redaktion grün.

grün.

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Freitag, 20. September, 18.00 – 23.00 Uhr
Parkplatzkonzert und WählBAR am Parking Day
«Hermanos Perdidos – Hasta la Rumba» spielen live an unserer WählBar. Am Parking Day werden Parkplätze einmal für etwas Sinnvolles gebraucht. Dieses Jahr besetzen wir die Parkplätze bei der Migros am Eigerplatz, geben an unserer WählBAR Getränke aus und feiern zu den Klängen der Live-Musik. Komm vorbei, bring deine Freund_innen mit und feiere mit uns!

● Samstag, 28. September, 13.30 Uhr
Nationale Klimademo
Drei Wochen vor den Wahlen rufen die Klima-Allianz und viele weitere Organisationen und Gruppierungen schweizweit zur «Klimademo des Wandels» auf. Wir machen der Politik klar, dass es in den nächsten Jahren um nicht weniger als den Erhalt unserer Lebensgrundlagen geht. Wir versammeln uns um 13.30 Uhr auf der Schützenmatte und ziehen ab 14.00 Uhr für das weitere Programm auf den Bundesplatz.

● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Oktober 2019, 18.30 Uhr statt. Neumitglieder und Interessierte sind eingeladen, bereits um 17.45 Uhr zu einem Kennenlernen zu kommen.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: Regula Bühlmann
(regula_buehlmann@bluewin.ch)
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher
(fragroba@gmx.ch)
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: Annemarie Sancar
(annemarie.sancar@bluewin.ch)
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: Markus Heinzer
(info@markusheinzer.ch)
● **AG macht**
Kontakt: Katharina Gallizzi
(gallizzi@gmx.ch)
● **AG Polizei**
Kontakt: Rahel Ruch
(rahel_ruch@hotmail.com)

Kontakt Sekretariat
Geschäftsführer: Benjamin Steinweg
Grünes Bündnis Stadt Bern
Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Marius Christen, Corinne Dobler, Markus Heinzer, Christine Michel, Benjamin Steinweg.
Fotos:
Manuel Friedrich, Ben Zumbühl, Franziska Rothenbühler
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.37:
16. Oktober 2019

SCHLUSS

Demokratiedefizite endlich beheben!

Hasim Sancar, Grossrat

Politische Partizipation ist ein Schlüssel zur Integration der Migrant_innen. Erst das Stimm- und Wahlrecht ermöglicht ihre volle Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen. Es stärkt die gesellschaftliche Zugehörigkeit und die Verantwortung für das Gemeinwesen. Die Kantonsverfassung sieht kein Wahl- und Stimmrecht für nicht eingebürgerte Migrant_innen vor, auch nicht auf kommunaler Ebene. Für die «Wiege der Demokratie» ist das ein Manko, das es zu beheben gilt! Die Volksinitiativen von 1994 und 2010 des links-grünen Bündnisses «zäme läbe – zäme schtimme» wurden abgelehnt. Der Grosse Rat hat alle Vorstösse für eine Änderung der Kantonsverfassung abgewiesen – zuletzt 2017. Dies mit der Begründung, Ausländer_innen sollen sich doch einbürgern lassen, dann hätten sie politische Rechte. Gleichzeitig wurden die Anforderungen für eine Einbürgerung verschärft. Unsere Gletscher sind am Schmelzen, doch die Köpfe der Bürgerlichen im Kanton Bern bleiben vereist; hier wäre eine Erwärmung angebracht! Was schadet es unserer Demokratie, wenn auch die 15 % «stimmlosen» Migrant_innen mitentscheiden, wer sie im National- bzw. Ständerat vertritt?
Die Stadt Bern hat mit der Partizipationsmotion den Bewohner_innen ohne Stimm- und Wahlrecht eine Tür zur politischen Teilhabe geöffnet. Soll die Stadt auf eine Änderung der Kantonsverfassung warten? Könnte sie nicht auch einen Schritt vorausgehen? Auch beim Frauenstimmrecht waren es Gemeinden, die die Zukunft vorweg nahmen!